

## Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann**  
und **Von Gimborn**

betreffend: **Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) im Sinne der Familien  
korrigieren**

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ist mit etwa sechs Milliarden Euro ausgestattet und das wichtigste familienpolitische Instrument zur Minderung der Armut in Familien. SPÖ und ÖVP auf Bundesebene sprachen sich allerdings Ende 2015 für eine Kürzung von einer Milliarde Euro aus. Diese soll ab 2017 schlagend werden. Durch diesen rot-schwarzen Aderlass wird es zu Einschränkungen bei den Leistungen aus dem FLAF kommen, wogegen die Freiheitlichen bereits ihr Veto eingelegt haben.

Wie auch die sieben bundesweiten Familienorganisationen läuft auch die niederösterreichische Interessensvertretung (NÖ Familienbund, Kinderfreunde NÖ, Kath. Familienverband und Freiheitlicher Familienverband NÖ) dagegen Sturm. In einem Schreiben heißt es: *„...Diese Beitragskürzung war im Endeffekt die gesetzliche Legitimation für jahrelange Leistungskürzungen für Familien. So hat die Familienbeihilfe über 14 Jahre ohne Inflationsanpassung ganze 38 % an Kaufkraft verloren...“*

Wie die Freiheitlichen, fordert auch diese Organisation eine „Reparatur“ des FLAF mit nachfolgenden drei Punkten:

- 1) Eine Befreiung des FLAF von Leistungen, die für andere Ressorts erbracht werden und somit nicht zu seinen Kernaufgaben gehören.
- 2) Künftige Überschüsse des FLAF müssen an die Familien ausbezahlt werden. Es soll somit verhindert werden, dass dieses Geld für nicht familienrelevante Aufgaben bzw. den Ausgleich von Außenständen verwendet wird.
- 3) Regelmäßige Inflationsanpassung der Familienbeihilfe ab 2019, wie dies bereits bei Parteienförderungen bzw. Pensionen üblich ist.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **Antrag**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und sicherzustellen, dass es zu keinen Kürzungen bzw. zu keiner Schlechterstellung des FLAF kommt.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zuzuweisen.